

Prekarisierung und der Verlust moderner (Geschlechter-)Gewissheiten

Prekarisierungstheoretische Überlegungen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung****

Zusammenfassung: In unserem Beitrag unternehmen wir eine Gegenwartsanalyse aktueller Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. Wir entfalten die Argumentation, dass Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung in diesen Diskursen für gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich gemacht werden, die wir soziologisch als *Prekarisierungsprozesse* beschreiben. Wir betrachten diese Diskurse auf Grundlage dreier prekarisierungstheoretischer Perspektiven, wobei wir empirisch informiert theoretisch-begriffliche Überlegungen anstellen: Wir beginnen mit Perspektiven der Ungleichheits- und Arbeitssoziologie (2.1), die mit Prekarisierung den (ökonomisch, technologisch sowie) sozialpolitisch forcierten Ausbau unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beschreiben. Es folgen geschlechtersoziologische Perspektiven (2.2), die veränderte Ungleichheiten und zentral die Prekarisierung des männlichen Ernährermodells sowie der Reproduktionssphäre fokussieren. Weiter argumentieren wir (2.3), dass diese Diskurse durch Irritationen der ‚doxischen Erfahrung‘ (Bourdieu) entstanden sind und die Geschlechterforschung attackiert wird, weil sie diese als bedrohend erlebten Irritationen forcierte. Die drei Perspektiven integrierend entwickeln wir schließlich ein erweitertes Prekarisierungskonzept (2.4), das sowohl die Ebene *sozialstruktureller Ungleichheiten*, die aus Prekarisierungsprozessen v.a. der fordistischen Trias aus Normalarbeit, Ernährermodell und deren sozialstaatlicher Absicherung resultieren, als

* Dr. Mona Motakef, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, E-Mail: mona.motakef@sowi.hu-berlin.de

** Julia Teschlade, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, E-Mail: julia.teschlade@sowi.hu-berlin.de

*** Prof. Dr. Christine Wimbauer, Humboldt-Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, E-Mail: christine.wimbauer@sowi.hu-berlin.de

**** Dieser Beitrag geht auf gemeinsame Überlegungen zurück, die wir u.a. im Rahmen des von der DFG geförderten Projektes „Ungleiche Anerkennung? ‚Arbeit‘ und ‚Liebe‘ im Lebenszusammenhang prekär Beschäftigter“ (DFG AZ Wi2142/5-1) angestellt und auf dem Soz-Blog der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Sommer 2014 zur Diskussion gestellt haben (<http://soziologie.de/blog/author/moteschwim/>). Wir bedanken uns bei den Teilnehmenden des Lehrbereichskolloquiums Arbeit und Geschlechterverhältnisse an der Humboldt-Universität zu Berlin und dabei insbesondere bei Lilian Hümmler für kritische Nachfragen und intensive Diskussionen. Wir danken auch den anonymen Gutachter_innen für konstruktive Hinweise.

auch die Ebene *symbolischer Ordnungen* (*Doxa*) umfasst. Abschließend (3) diskutieren wir die Ergebnisse und markieren weiteren Forschungsbedarf.

Stichworte: Prekarisierung; Geschlechterforschung; Soziale Ungleichheit; Gleichstellung; Erwerbsarbeit; Familie; Sexualität; Sozialstaat; Doxa

Precarisation and the loss of modern (gender) certainties

Reflections on discourses against gender equality policies and gender studies by precarisation theory

Our paper discusses current discourses against equality policies and gender studies. We argue that equality policies and gender studies are blamed for prevailing social transformations which are a result of ongoing processes of precarisation. Based on empirically informed theoretical-conceptual reflections, we analyse these discourses considering three different approaches to understand precarisation. First, we illustrate that the sociology of inequality and sociology of work (2.1) describes precarisation as socio-political forced process of growing employment insecurities. Second, we delineate approaches by gender studies (2.2), which analyse changing inequalities by focusing on the precarisation of the male breadwinner model and the sphere of reproduction. Third, we claim that these discourses gained popularity due to an irritation of the 'doxic experience' (Bourdieu) (2.3). Gender studies are attacked because they operate with theories and empirical findings that promote these irritations. Forth, we develop an enhanced understanding of precarisation by integrating these three approaches. In doing so, we present a forth approach that recognizes *inequalities* resulting from the precarisation of the fordistic trias consisting of standard labour conditions, the male breadwinner model and social politics as well as *symbolic orders* (*Doxa*). We conclude (3) by discussing our results and sketching out demands for further research.

Keywords: Precarisation; Gender Studies; Social Inequality; Equal Opportunities; Gainful Employment; Family; Sexuality; Welfare State; Doxa

1 Prekäre Gewissheiten und Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung

Seit zwei Jahrzehnten zeichnen sich in Deutschland wie in vielen europäischen Ländern Tendenzen der Gleichstellung¹ ab, die als Erfolg (queer-)feministischer, sexu-

1 Unter Gleichstellung verstehen wir hier, weit gefasst, politische Bemühungen, die darauf zielen, strukturelle Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen zu verringern und diskriminierende gesellschaftliche Strukturen zu überwinden.

alpolitischer und anti-rassistischer, kurz: emanzipatorischer Bewegungen interpretiert werden können. Beispiele für die Gleichstellung der Geschlechter bilden die Strategie des *Gender Mainstreamings* (1997/1999) sowie der Beschluss zur Einführung einer Frauen-Quote in Aufsichtsräten (2015). Im Feld der Sexualität sprechen die Eingetragene Lebenspartnerschaft (2001) und jüngst die sogenannte *Ehe für alle*, also die Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare (2017), für eine zunehmende Gleichstellung. Die Reform der Staatsangehörigkeit (2000), mit der nationale Zugehörigkeit nicht mehr nur über das Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), sondern auch durch das Geburtsortsprinzip (*ius soli*) vermittelt werden kann, sowie Initiativen, die eine Aufnahme von Beschäftigung für (hochqualifizierte) Einwander_innen erleichtern, gehören zu wichtigen Maßnahmen, politische und rechtliche Diskriminierungen abzubauen. Diese Entwicklungen zeigen, dass alltägliche und als gewiss betrachtete Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden, was sich zunehmend in rechtlichen Veränderungen widerspiegelt: Seien es männliche (weiße) Privilegien in der Erwerbssphäre, heterosexuelle Privilegien im Familienrecht sowie ein Konzept von Staatsbürgerschaft über Abstammung – sie sind zwar keinesfalls obsolet, aber doch partiell erklärungsbedürftig geworden.

1.1 Im ‚Gleichheits-‘ und ‚Genderwahn‘?

Seit einiger Zeit nehmen Diskurse an Fahrt auf, in denen diese Gleichstellungstendenzen kritisiert werden.³ Hierbei werden nicht nur Gleichstellungspolitiken, sondern auch die Geschlechterforschung attackiert (siehe Hark/Villa 2017 a; Frey et al. 2014; Lang/Peters 2018; Kuhar/Paternotte 2017), die in ihrer Entstehung eng mit feministischen und sexualpolitischen Bewegungen verwoben war.

Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung⁴ nehmen ihren Ausgangspunkt in der Konstatierung eines *Genderismus*. Während Goffman (1977)

2 So etwa der Untertitel von Kelle (2013).

3 Eine genaue zeitliche Verortung dieser Diskurse steht noch aus. Wie Planert (1998) zeigt, wurden Emanzipationsbestrebungen meist von anti-emanzipatorischen Diskursen begleitet. International setzen diese Diskurse Mitte der 1990er Jahre ein. Ein zentrales Diskursereignis bildete die vierte Welt-Frauenkonferenz 1995 in Beijing/China, die erstmals *gender* in internationale Beschlüsse integrierte. Weitreichende Proteste gegen *gender* formierten sich. Wir beziehen uns auf deutschsprachige Diskurse, welche seit etwa 2006 zunächst die Gleichstellungspolitik und später auch die Geschlechterforschung angreifen. Der FAZ-Redakteur Zastrow (2006) bezeichnete in diesem Jahr *Gender Mainstreaming* als „politische Geschlechtsumwandlung“ (Zastrow 2006).

4 Die Selbstbezeichnung dieser Diskurse lautet *Antigenderismus*. Mit unserer alternativen Bezeichnung ‚Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung‘ hinterfragen wir die Setzung ‚Genderismus‘. Mit Diskursen gegen Gleichstellungspolitik beziehen wir uns auf Positionen gegen Politiken wie *Gender Mainstreaming* oder emanzipatorische Bewegungen. Diskurse gegen Geschlechterforschung richten sich gegen Ansätze, die einen essentialistischen Begriff von Geschlecht hinterfragen (kritisch hierzu Hark/Villa 2017 a). Unter Diskurs verstehen wir im Anschluss an Foucault (1971) eine machtvolle und historisch spezifische Form der Konstitution von Wissen.

mit diesem Begriff beschreibt, wie Individuen aufgrund eines angenommenen biologischen Geschlechts mit geschlechterstereotypen Erwartungen und Verhaltensweisen konfrontiert werden, wird er in diesen Diskursen hingegen eingesetzt, um eine neue Herrschaft aus Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung zu behaupten. Die großen Differenzen in den Feldern, Zielen und Methoden von Politiken der Gleichstellung sowie von wissenschaftlicher Geschlechterforschung werden dabei außer Acht gelassen.⁵

Die selbsternannten ‚Antigenderisten‘⁶ setzen sich aus einer Breite von gesellschaftlichen und politischen Akteuren zusammen wie u.a. sogenannte Männerrechtler (Maskulinisten) (kritisch hierzu Rosenbrock 2012), fundamentalistische Christen, wertkonservative Journalisten sowie Teile politischer Parteien wie der Alternative für Deutschland (AfD) (ebenfalls kritisch Siri 2016). Zwar liegen über die Akteure erste Hinweise vor (Hark/Villa 2017 b; Frey et al. 2014; von Braun 2017), jedoch ist die Anzahl der aktiven ‚Antigenderisten‘ unbekannt. Gleiches gilt für die Frage, bei welchen Gruppen diese Diskurse auf Resonanz stoßen und warum dies so ist. Aktuelle Zahlen lassen allerdings darauf schließen, dass es sich um eine wachsende Gruppe handelt. Auch wenn sich nicht alle Befürwortende als ‚Antigenderisten‘ bezeichnen, werden von den genannten Organisationen (auch) antigenderistische Positionen vertreten: Die Petition gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg unterzeichneten bis November 2014 etwa 192.000 Menschen;⁷ die AfD erzielte bei der Bundestagswahl 2017 12,6% der Wähler_innenstimmen. Gleichstellungspolitik wird in diesen Diskursen grundsätzlich in Frage gestellt: Die Einwände reichen von der Behauptung einer staatlich verordneten Umerziehung (Zastrow 2006) über die Kritik, Frauen und Männer würden gehindert, ihre ‚natürlichen‘ Rollen auszufüllen,⁸ bis zu den Einwänden, dass Gleichstellung heute bereits erreicht sei und

5 Auch innerhalb der Geschlechterforschung werden Maßnahmen der Gleichstellungspolitik kritisch diskutiert. Laut Hirschauer (2016) sei die universitäre Frauenförderung etwa ineffektiv, da sie Frauen viktimisiere und weibliche Chancengleichheit vor allem im Privatleben beschnitten würde. Der Autor fordert deshalb Vollzeit-Kindertagesplätze anstatt Frauenförderpläne. Engels et al. (2015) zeigen, dass bei einer Wissenschaftskarriere in der Regel ein bedingungsloser Einsatz erwartet wird, was Frauen benachteiligt, u.a. da sie weiterhin häufiger Sorgeverantwortung übernehmen als Männer. Vor diesem Hintergrund erscheint die Forderung nach einem Ausbau von Kinderbetreuung als sinnvoll, wenn auch nicht als ausreichend. Schließlich, so die Autorinnen weiter, sind Wissenschaftskulturen häufig weiterhin männlich geprägt, womit für Männer die Zugehörigkeit zur Wissenschaft eine größere Selbstverständlichkeit darstellt als für Frauen.

6 Siehe hierzu Fußnote 5.

7 <http://www.bildungsplan2015.de/presse/pressemitteilungen> (Zugegriffen: 19.2.2018).

8 In einer freikirchlichen Handreichung steht: „Passt euch nicht der ‚Vervielfältigung der Geschlechter‘, die letztlich zu einer Entkernung von Ehe und Familie führen wird, an – freut euch vielmehr an der von Gott zum Segen geschaffenen Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau, und seid ermutigt, darin zu leben“ (Geistliche Gemeindeerneuerung 2014).

Gleichstellungspolitik absurde Ausmaße annähme (Kelle 2013). Dies betreffe auch Gleichstellungspolitik für Homosexuelle.⁹

Der Geschlechterforschung wird Unwissenschaftlichkeit vorgeworfen (etwa Buchholz 2014; Martenstein 2013), da sie naturwissenschaftliche Fakten nicht zur Kenntnis nähme (kritisch hierzu Frey et al. 2014; Hark/Villa 2017 a). Zudem würden durch sie hohe Steuersummen verschwendet. Professorinnen der Geschlechterforschung wird unterstellt, nicht durch Leistung, sondern qua Geschlecht und durch ihr feministisches Engagement berufen worden zu sein.¹⁰ Die Alternative für Deutschland (2017: 40 f.) fordert in ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 sogar ein Ende der Gender-Forschung.¹¹

Eine grundlegende Behauptung dieser Diskurse lautet, dass durch Feminismus, Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung die Familie – gemeint ist die heterosexuelle Kleinfamilie – zerstört werde. Grund dafür seien feministische Selbstbestimmungsansprüche, die ein Zerwürfnis zwischen den Geschlechtern zur Folge hätten (etwa Amendt 2013). Der Feminismus habe Frauen von ihrer eigentlichen Bestimmung, Hausfrau und Mutter zu sein, entfernt und entfremdet (Herman 2007; Kuby 2014). Die vermeintlich selbstbestimmten Frauen könnten die unterschiedlichen Rollenanforderungen als Berufstätige und Mütter nicht vereinbaren und bekämen deshalb weniger Kinder. Durch Gleichstellungsbemühungen von schwul-lesbischen Paaren würde die Norm der Kleinfamilie infrage gestellt. Homosexualität würde heute längst nicht mehr diskriminiert, vielmehr zeichne sich eine „Homosexualisierung der Gesellschaft“ ab (Gut 2009). Dagegen gelte es, die bürgerliche heterosexuelle Kleinfamilie als ‚Keimzelle der Nation‘ (kritisch hierzu Kemper 2014) und insbesondere ihre Kinder (kritisch hierzu Schmincke 2017) zu schützen.

Diese Diskurse sind in ganz Europa zu vernehmen (Kováts/Pöim 2015; Kuhar/Paternotte 2017). Sie gründen häufig auf Binaritäten wie ‚das Volk‘ versus die ‚politische Elite‘ (‚Brüssel‘) oder ‚Steuerzahler‘ versus ‚Steuergeldverschwender‘. Auffällig ist dabei eine starke Ablehnung der Europäischen Union: Für Petö (2015: 127)

9 In der FAZ schreibt Hillgruber (2014), dass Menschen, die Homosexualität als „moralisch fragwürdig“ halten, zu einer neuen schützenswerten Minderheit geworden seien.

10 So bei Buchholz (2014): „Der Anglizismus ‚Gender Studies‘ bezeichnet in Deutschland faktisch Frauenforschung, also Forschung von Frauen über Frauen für Frauen. [...] Die Zahl der Gender-Professuren beträgt mittlerweile ca. 250. Sie binden finanzielle Ressourcen in entsprechender Höhe“. Von den insgesamt 46.835 Professuren in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2018 a) sind 76,6% mit männlichen Professoren besetzt (Statistisches Bundesamt 2018 b) und nach Angaben des Margherita-von-Brentano Zentrums der FU Berlin gibt es an deutschen Universitäten und Fachhochschulen 186 Professuren (0,4%) mit einer Teil- oder Volldnominierung für Geschlechterforschung (Stand 9.1.2018), <http://www.database.mvzb.org/docs/tabellarische-darstellungen.pdf> (Zugegriffen: 19.2.2018).

11 Auch die CSU (2016) übernimmt die Problemdeutung und lehnt in ihrem Grundsatzprogramm eine „Gesellschafts- und Bildungspolitik, die Gender-Ideologie und Frühsexualisierung folgt“, ab.

dient der Bezug auf Gender, Gleichstellung und Geschlechterforschung der Ummantelung anti-liberaler und anti-demokratischer Positionen, die darauf abzielen, das politische System der Europäischen Union zu überwinden.

Häufig vermengen sich antimuslimische und antisemitische Haltungen mit Positionen gegen Gleichstellung und Geschlechterforschung.¹² Trotz wiederkehrender Versuche, sich gegen deutschnationalistische Positionen abzugrenzen, unterliegen vielen Behauptungen Deutungsmuster einer ‚natürlichen‘ und ‚völkischen‘ Geschlechter- und Sozialordnung. In den deutschsprachigen Sozialwissenschaften hat die Auseinandersetzung mit den Kontinuitäten, Brüchen und Verflechtungen dieser ‚anti‘-Diskurse erst begonnen (Hark/Villa 2017 a, 2017 b; Frey et al. 2014; Lang/Peters 2018; Wimbauer/Motakef/Teschlade 2017).

1.2 Fragen, Argumentationen und Ziele des Beitrags

Wie kommt die Wahrnehmung eines ‚Gleichstellungs‘- und ‚Genderwahn‘ zustande, im Zuge dessen angeblich Frauen, Homosexuelle und Migrant_innen überproportional viele Privilegien erhielten? Was sind die Ursachen für diese Positionen? Worauf reagieren sie?

In unserem Beitrag unternehmen wir eine soziologische Gegenwartsanalyse aktueller Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung, die wir zunächst als ein historisch situiertes Deutungsangebot von gesellschaftlichen Dynamiken der Entsicherung verstehen. Dabei entfalten wir die Argumentation, dass Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung in diesen Diskursen für gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich gemacht werden, die wir soziologisch als *Prekarisierungsprozesse* beschreiben. In unserem Beitrag stellen wir einerseits Überlegungen zu den Entstehungsbedingungen für diese Diskurse an und zeigen andererseits, dass in diesen Diskursen zwar teils zutreffende Beobachtungen gegenwärtiger Phänomene vermittelt, allerdings mit Blick auf das Ausmaß an erreichter Gleichheit, auf die Ursachen der Phänomene und die aus ihnen zu ziehenden Konsequenzen Verzerrungen transportiert werden.

Um diese Argumentationen zu entfalten, wird es notwendig, den in den Sozialwissenschaften meist schillernden Prekarisierungsbegriff (Motakef 2015) zu differenzieren. Wir betrachten Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung auf Grundlage dreier prekarisierungstheoretischer Perspektiven, wobei wir keine empirische Diskurs- oder Deutungsmusteranalyse liefern, sondern empirisch informiert theoretisch-begriffliche Überlegungen anstellen: Wir führen zunächst Perspektiven der Ungleichheits- und Arbeitssoziologie (2.1) ein, die mit Prekarisierung den durch Veränderungen der Arbeitswelt sowie sozialpolitisch forcierten Aus-

12 Bei PEGIDA (2014) finden sich etwa nicht nur rassistische Einstellungen, PEGIDA ist auch „GEGEN dieses wahnwitzige ‚Gender Mainstreaming‘, auch oft ‚Genderisierung‘ genannt, die nahezu schon zwanghafte, politisch korrekte Geschlechtsneutralisierung unserer Sprache!“.

bau unsicherer Beschäftigungsverhältnisse beschreiben. Wir entfalten die Argumentation, dass der Entstehungskontext der Diskurse eng mit dem (nicht nur, aber wesentlich auch) sozialpolitisch bedingten Wandel von Erwerbsarbeit verknüpft ist, auch wenn dieser in den Diskursen nicht thematisiert wird. Darauf folgen geschlechtersoziologische Perspektiven (2.2), in denen veränderte Ungleichheiten sowie das Brüchigwerden des gesamten männlichen Ernährersmodells und der Reproduktionssphäre im Zentrum stehen. Mit Blick auf jene veränderten Ungleichheiten stellen wir Verzerrungen und Auslassungen der Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung dar. Schließlich argumentieren wir (2.3), dass diese Diskurse durch Irritationen der „doxischen Erfahrung“ (Bourdieu 2015: 20) entstanden sind und insbesondere die Geschlechterforschung deswegen attackiert wird, weil sie erstens diese Irritationen forcierte und zweitens Irritationen der „doxischen Erfahrung“ (Bourdieu 2015: 20) als bedrohend erlebt werden können und als Konsequenz ‚altbewährte‘ Orientierungsmuster, wie Geschlechterarrangements des männlichen Ernährersmodells, an Attraktivität gewinnen können. Dieses Kapitel schließt mit einem Vorschlag für ein erweitertes Prekarisierungskonzept (2.4). Abschließend (3) diskutieren wir die Ergebnisse und markieren weiteren Forschungsbedarf.

2 Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung prekarisierungstheoretisch betrachtet

2.1 Verschiebungen in der Problemwahrnehmung: Die – sozialpolitisch forcierte – Prekarisierung von Erwerbsarbeit

Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung fallen im deutschsprachigen Raum in eine Zeit, in der sich ein Wandel der Erwerbs-sphäre und der Sozialpolitik abzeichnet, in dessen Zuge prekäre Beschäftigungsverhältnisse ausgebaut und Aktivierung, Selbstverantwortung und Flexibilisierung zu neuen Leitmaximen der Arbeitsmarktpolitik erklärt wurden.¹³ In diesem Abschnitt diagnostizieren wir in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung Verschiebungen in der Problemwahrnehmung. Denn für die anwachsenden Unsicherheiten in Lebenslagen werden nicht die Ausweitung prekärer Beschäftigungen und der sozialpolitische Wandel verantwortlich gemacht, sondern das Feld der Gleichstellung und der Geschlechterforschung fokussiert.

Der Wandel von Erwerbsarbeit und Sozialpolitik ist die erste hier vorgestellte – und weit verbreitete – prekarisierungstheoretische Perspektive. Durch die Globalisierung der Märkte und durch die Verlagerung von Erwerbsarbeit in den tertiären Sektor bricht Beschäftigung in der männlich geprägten Industriearbeit ein (Deindustrialisierung), während der Dienstleistungssektor ausgebaut wird und zugleich durch

13 Das erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt wurde im Dezember 2002 eingeführt, Zastrows programmatische Kritik am *Gender Mainstreaming* erschien 2006 (Zastrow 2006).

technologische Innovationen und Digitalisierung Beschäftigung in der wissensintensiven Arbeit für Hochqualifizierte zunimmt bzw. wichtiger wird. Seit den 1990er Jahren kommt es in vielen Unternehmen zudem zu kapitalmarktorientierten unternehmerischen Rationalisierungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen. Der Erwerbsarbeitsmarkt wird flexibilisiert, Normalarbeitsverhältnisse werden weniger, unsichere Beschäftigungen weiten sich aus. So waren 1994 nur 14% der Erwerbstätigen atypisch¹⁴ beschäftigt (d.h. befristet, in Teilzeit, geringfügig oder in Leiharbeit), 2008 bis 2010 waren es 22% und 2014 etwa 21% (nur abhängig Beschäftigte, ohne [Solo-]Selbstständige) (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2016: 133).

Doch nicht nur die Beschäftigungsformen wandeln sich: Unter dem Stichwort der Subjektivierung und Entgrenzung von Arbeit wird auch ein Wandel der Sinngehalte von Erwerbsarbeit diskutiert, bei dem sich ein neuer Zugriff auf die personalen Fähigkeiten und Ressourcen der Beschäftigten abzeichnet (Kleemann/Voß 2010).

Diese Entsicherungen von Erwerbsarbeit sowie deren gesellschaftliche Bedeutung werden in der Ungleichheitssoziologie und der Soziologie der Arbeit intensiv diskutiert (Brinkmann et al. 2006; Castel 2000; Castel/Dörre 2009). Für Castel (2000) hat sich die französische Arbeitsgesellschaft in vier Zonen aufgeteilt: die Zone der Integration, die Zone der Prekarität und Verwundbarkeit, die Zone der Fürsorge und die Zone der Exklusion und Entkopplung. Für ihn stellen Prekarisierungsprozesse jedoch eine Bedrohung für die ganze Gesellschaft dar, da deren soziale Kohäsion gefährdet wird.

Auch in der deutschsprachigen Soziologie ist die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse Gegenstand intensiver Diskussionen. Dabei wird, wie eben skizziert, der Wandel der Erwerbsphäre in Bezug auf veränderte Formen und Inhalte von Erwerbsarbeit diskutiert. Diese Veränderungen werden gleichzeitig auch als Ausdruck eines sozialpolitischen Wandels interpretiert, infolgedessen es zu einem Bruch mit dem Leitbild des versorgenden Wohlfahrtsstaates gekommen ist. Insbesondere in Westdeutschland etablierte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein weitreichendes System an sozialen Rechten, das an Erwerbsarbeit und vor allem an das männliche Normalarbeitsverhältnis (NAV) (Mückenberger 1985) geknüpft wurde. Seit etwa der Jahrtausendwende vollzieht sich ein Wandel zum aktivierenden Sozialstaat (Lessenich 2008). Arbeits-, aber auch Sozial- und Familienpolitik zielen zunehmend auf den Leitgedanken des Förderns und Forderns: Eigenverantwortung und -initiative jedes Einzelnen sollen unterstützt werden mit dem Ziel einer umfassenden Erwerbsarbeitsaktivierung.

In den Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung werden diese Entwicklungen außer Acht gelassen. Diese Verschiebung der Ursachenattribu-

14 Allerdings kann ‚atypisch‘ nicht mit ‚prekär‘ gleichgesetzt werden: Atypische Beschäftigungsverhältnisse haben häufig ein hohes Prekaritätsrisiko (Keller/Seifert 2013), aber nicht jede atypische Beschäftigung ist prekär (Kraemer 2008).

tion weg von der wesentlich auch sozialpolitisch forcierten Prekarisierung, dem sozialpolitischen Wandel und dem Ausbau prekärer Beschäftigung, ist vor dem Hintergrund der Maximen der Eigenverantwortung allerdings durchaus plausibel: Wie etwa Forschungen zu neuen Subjektivierungsweisen zeigen, werden Einzelne zunehmend aufgefordert, ihr Leben als unternehmerisches Projekt zu entwerfen. Das Scheitern unternehmerischer Handlungen wird dabei als individuelles Fehlverhalten vermittelt (etwa Bröckling 2007). Prekäre Beschäftigung führt im Aktivierungsregime somit häufiger zu Individualisierung (Dörre et al. 2013) als zu Protesten. Auch Externalisierung ist eine mögliche Verarbeitungsform: Nachtwey (2016: 220) argumentiert in seiner Diagnose einer Abstiegsgesellschaft, dass bereits die Angst vor Abstiegen einen „ganz eigenen Autoritarismus“ produziert. Dabei sei es mit Adorno (1995 [1950]) kennzeichnend, dass Aggressionen nicht gegen Herrschaft gerichtet, sondern auf Andere projiziert – und damit externalisiert – werden. Somit ist es nicht entscheidend, ob tatsächlich Scheitern, etwa als Beschäftigungsverlust, vorliegt oder nicht (Brinkmann et al. 2006). Bereits die Konfrontation mit unsicheren Beschäftigungsverhältnissen wecke bei vielen Beschäftigten „Prekarisierungsängste“ (Kraemer/Speidel 2005: 376). Die subjektive Wahrnehmung der Unsicherheit kann die objektiv beschreibbare Sicherheit überschreiten.

Die hier vorgestellte erste (erwerbsarbeits-)prekarisierungstheoretische Perspektive kann das Argument unterfüttern, dass Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung Verschiebungen in der Problemwahrnehmung der sozialen Dynamiken der Entsicherung darstellen. Allerdings ist diese Perspektive zur Erklärung, warum diese Diskurse auftauchen und worin verkürzte, aber auch zutreffende Deutungen bestehen, noch unzureichend: Erstens wird Prekarisierung hier in der Regel einseitig als (sozial-)destruktiv diskutiert (siehe Lorey 2012), womit Ambivalenzen und mögliche Befreiungen durch die Entsicherungsprozesse übersehen und das männliche Ernährermodell, wie wir in Abschnitt 2.2 zeigen, nostalgisch erhöht wird. Zweitens kann diese Perspektive nicht beantworten, ob sich Geschlechterverhältnisse tatsächlich verändert haben, wie in den Diskursen unterstellt wird. Drittens kann sie – selbst mit Nachtweys Ausführungen zum Autoritarismus – nicht erklären, warum gerade Gleichstellungspolitik und die Geschlechterforschung attackiert werden.

2.2 Veränderte (Geschlechter-)Ungleichheiten: Prekarisierung des männlichen Ernährermodells und der Reproduktionssphäre

Wie in Abschnitt 1.1 skizziert, wird in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung u.a. eine ‚Gender-Herrschaft‘ unterstellt, in der angeblich Frauen, Homosexuelle und Migrant_innen über mehr Privilegien als heterosexuelle (*weiße*) Männer verfügen. Heterosexuelle Männer bilden in diesem Argument die Gruppe der neuen sozialen Verlierer. In diesem Abschnitt zeigen wir, warum diese Deutung eine Verzerrung darstellt. Um dies aufzuzeigen, rekurrieren wir auf die geschlechtersoziologische Prekarisierungsforschung (u.a. Aulenbacher 2009;

Manske/Pühl 2010), die sich für persistente und veränderte Ungleichheiten interessiert. In dieser zweiten Perspektive wird ebenfalls davon ausgegangen, dass sich eine Prekarisierung von Arbeit vollzieht, Arbeit ist jedoch nicht auf Lohnarbeit begrenzt. Vor diesem Hintergrund argumentieren wir, dass sich keine neue ‚Gender-Herrschaft‘, aber eine Prekarisierung des männlichen Ernährermodells und der Reproduktionssphäre vollzieht, womit sich durchaus auch Lebenslagen von Männern verändern können. Prekarisierungsprozesse werden in einer solchen Perspektive nicht einseitig als bedrohend beschrieben, wie etwa bei Castel (2000), sondern als ambivalent.

2.2.1 Prekarisierung des männlichen Ernährermodells

Auf Grundlage geschlechtersoziologischer Studien zu Prekarisierung lässt sich das Argument anfechten, die heterosexuelle Kernfamilie sei durch Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung zerstört worden. Zunächst ist fraglich, ob das Modell der heterosexuellen Kleinfamilie tatsächlich am Ende ist. Empirisch geht die Verbreitung des männlichen Ernährermodells seit einigen Jahren – womöglich auch aufgrund feministischer Kritiken – zurück, doch von einer Auflösung kann nicht gesprochen werden. Noch 2014 lebten 17,5 Millionen Ehepaare in Deutschland (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2016: 44), in denen nur jede vierte Ehefrau in Vollzeit beschäftigt war (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2016: 56). Bei 74% der Ehepaare mit einem Kind unter 15 Jahren sind die Väter in Vollzeit und die Mütter nur in Teilzeit beschäftigt (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2016: 56 f.), also Ernährer/Zuverdienerinnenpaare.

Deutlicher lässt sich zeigen, dass seit den 1980er Jahren das männliche Alleiner-nährermodell prekär wird, das in der westdeutschen Nachkriegszeit eine familiäre Arbeitsteilung etablierte, wonach Männern die Erwerbs- und Frauen die Reproduktionssphäre – unbezahlte und nicht bzw. schlecht sozial abgesicherte Haus- und Fürsorgearbeit – zugewiesen wurde. Frauen waren meist nicht oder geringfügig beschäftigt, wenngleich dieses Leitbild nie für alle Bevölkerungsgruppen umgesetzt war.

Eine umfassende Kritik am männlichen Ernährermodell, an der darin eingelassenen (ökonomischen) Abhängigkeit der (Ehe-)Frauen von ‚ihren‘ (Ehe-)Männern und der Verdeckung der ökonomischen und kapitalistischen Ausbeutungen produktiver wie reproduktiver Arbeitskraft von Frauen (Bock/Duden 1976), war ein zentrales Anliegen feministischer Bewegungen und der aus ihr entstandenen Frauen- und Geschlechterforschung. Besonders die fehlende Anerkennung (Becker-Schmidt/Knapp/Schmidt 1984) der Reproduktionsarbeit als wesentliches gesellschaftliches und ökonomisches Versorgungs- und Auffangnetz, das die vom Markt produzierten Risiken und Unsicherheiten kompensieren muss, stand und steht im Fokus der Kri-

tik (Wimbauer 2012). Aus einer Geschlechter(ungleichheits)perspektive ist das männliche Ernährermodell daher nicht als sozialpolitischer Fluchtpunkt geeignet.

Das Leitbild des männlichen Ernährermodells wurde im Zuge der Sozialstaatswende zunehmend vom Adult-Worker-Model abgelöst (Lewis 2004), wobei dieses nicht konsequent umgesetzt wird. Einige familienpolitische Regelungen, wie etwa das Ehegattensplitting, orientieren sich weiter am männlichen Ernährermodell. Das neue arbeitsmarkt- und familienpolitische Leitbild sieht vor, dass alle Beschäftigungsfähigen erwerbstätig sind, somit auch Mütter kleiner Kinder. Anders als beim männlichen Alleinernährermodell werden Frauen als Erwerbsbürgerinnen systematisch einbezogen, wenn auch unter prekären Bedingungen, da sie vor allem in atypischen Beschäftigungsformen wie Teilzeit beschäftigt sind. Auch wenn sie heute im Vergleich zu den 1970er Jahren in Westdeutschland¹⁵ häufiger erwerbstätig sind, „ist ihr Anteil am Erwerbsarbeitsvolumen nicht gleichermaßen gewachsen“ (Sachverständigenkommission 2017: 34). Für Männer bedeutet die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, dass sie tatsächlich seltener in einem NAV beschäftigt sind als noch vor zwanzig Jahren. Allerdings waren Frauen wie Migrant_innen und Arbeiter_innen bereits im männlichen Ernährermodell unsicher¹⁶ in Erwerbsarbeit einbezogen. Die gegenwärtige Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse ist damit, ausgehend von den bundesdeutschen 1960er und 1970er Jahren, nur für männliche Beschäftigte historisch neu (Aulenbacher 2009; Jungwirth/Scherschel 2010).

In Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung wird häufig ein vermeintlicher Sieg des Feminismus als Ursache für die Prekarisierung des Ernährermodells genannt. Zwar hat tatsächlich die feministische Kritik am männlichen Ernährermodell die Integration von Frauen in die Erwerbsphäre erhöht und auch auf einer normativen Ebene verliert das Modell an Selbstverständlichkeit (siehe Abschnitt 2.3). Allerdings wird dabei kaum berücksichtigt, dass die zunehmende Prekarisierung von männlicher Erwerbsarbeit und des Ernährermodells eine wesentliche Auswirkung des – auch sozialpolitisch forcierten – Wandels der kapitalistischen Wirtschafts- und Arbeitswelt ist (siehe Abschnitt 2.1). Kurz: Das männliche Familiernährermodell erodiert nicht vordergründig, weil es vom Feminismus attackiert wurde, sondern weil es für den Sozialstaat schlicht als zu teuer angesehen wurde (Esping-Andersen 2002).

15 In der DDR wurde bereits in den 1950er Jahren die Förderung der Frauenerwerbstätigkeit als staatspolitisches Ziel formuliert. Die Frauenerwerbstätigkeit ist in Ostdeutschland weiterhin höher und das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern niedriger (Bothfeld et al. 2005).

16 Zum Verhältnis von atypischer, prekärer und unsicherer Arbeit siehe die Literatur in Fußnote 14.

2.2.2 Reproduktionsarbeit und Sorgeverhältnisse

Wenn in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung eine Privilegierung von Frauen, Migrant_innen und Homosexuellen behauptet wird, werden Reproduktionsarbeiten und Sorgeverhältnisse ausgeblendet. In der Geschlechterforschung wird eine Reproduktionskrise (Aulenbacher 2013) konstatiert. Mit dem demographischen Wandel und dem Leitbildwechsel zum Adult-Worker-Model ist eine große Versorgungslücke für Pflege- und Betreuungsarbeiten entstanden. Auch die Unterbewertung, Unterbezahlung und schlechte Absicherung von Reproduktionsarbeiten sind wesentliche Gründe für diese Krise. Reproduktionsarbeiten bleiben zudem nahezu ungebrochen in weiblicher Verantwortung (Sachverständigenkommission 2017),¹⁷ sodass sich die Versorgungslücke auch auf die geringe männliche Beteiligung zurückführen lässt. Diese Reproduktionskrise wird häufig durch die prekäre und/oder illegalisierte Arbeit von weiblichen Migrantinnen aus dem Globalen Süden im haushaltsnahen Dienstleistungsbereich aufgefangen (Gottschall/Schwarzkopf 2010; Gutiérrez Rodríguez 2010). Insgesamt kommt es also nicht zu einer zunehmenden Privilegierung von (weißen) Frauen, vielmehr tritt zu der vergeschlechtlichten Komponente von Reproduktionsarbeit eine rassifizierte hinzu.

Dies führt zu einem weiteren Argument: Wenn in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung argumentiert wird, Migrant_innen genossen zu viele Privilegien, werden nationalstaatliche Steuerungssysteme (Scherschel 2008) und Alltagsrassismen ausgeblendet. Durch das restriktive Zuwanderungsgesetz, das den Zugang zu Erwerbstätigkeit an den Aufenthaltstitel knüpft, durch die Nicht-Anerkennung von Bildungstiteln, die außerhalb Deutschlands oder der EU erworben wurden, aber auch durch Diskriminierungen (etwa auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt) befinden sich Migrant_innen häufig in prekären Erwerbs- und Lebenslagen, wie etwa im Bereich haushaltsnaher Dienstleistungen.

Wenn man nicht nur von Reproduktionsarbeit ausgeht, sondern erweitert von Sorgeverhältnissen, kann auch die angebliche Privilegierung von gleichgeschlechtlichen Lebensweisen mit einem Fragezeichen versehen werden. Tatsächlich zeichnet sich zwar eine erhöhte Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen ab. Anders als in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung behauptet, kommt es dadurch jedoch nicht zu einer „Homosexualisierung der Gesellschaft“ (Gut 2009), sondern vielmehr zu einer ambivalenten Gleichstellung, was sich am Beispiel der Bedarfsgemeinschaft, der Eingetragenen Lebenspartnerschaft sowie der Ehe für alle aufzeigen lässt: Mit der Reform der Hartz-Gesetze 2005 wurde die Bedarfsgemeinschaft eingeführt, die ausdrücklich nicht auf die damals noch ausschließlich Heterosexuellen vorbehaltene Ehe begrenzt war, sondern die Vergabe von Sozialleistungen daran knüpft, ob ein weiteres Haushaltsmitglied, mit dem eine verwandtschaftliche oder persönliche Beziehung besteht, den Lebensunterhaltsbe-

17 Auch an der ‚Castel’schen‘ Prekarisierungsperspektive wird kritisiert, dass sie die Reproduktionssphäre ausklammert (Aulenbacher 2009).

darf decken kann. Sozialpolitisch wird damit zwar das Konstrukt der Beschäftigungsfähigkeit weder an ein bestimmtes Geschlecht noch an eine bestimmte sexuelle Orientierung geknüpft, sodass es zu einer *symbolischen* Anerkennung gleichgeschlechtlicher Bedarfsgemeinschaften kommt. Diese bedeutet aber eine *materielle* Schlechterstellung, da sozialstaatliche Leistungen, die vorher gezahlt wurden, wegfallen können (Woltersdorff 2011).

Die Eingetragene Lebenspartnerschaft für schwule und lesbische Paare ist ein weiteres Beispiel für die ambivalente Gleichstellung im Feld der Sexualität, denn sie stellte eine „Einladung zweiter Klasse“ (Hark/Laufenberg 2013: 229) dar, da sie nicht die gleichen Rechte wie die Ehe einschloss. Insofern verloren weder die Ehe noch die bürgerliche Kleinfamilie an Rechten und Privilegien gegenüber schwulen und lesbischen Paaren, wie oft in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung behauptet wird. Vielmehr wurde die hegemoniale Rolle der Ehe zwischen Mann und Frau mit der Eingetragenen Lebenspartnerschaft abgesichert. Schließlich erfahren nur jene Lebensweisen rechtliche Legitimität, die sich an Paarnormativität orientieren. Im Jahr 2017 wurde die Ehe für alle eingeführt, womit die Unterscheidung zwischen homosexuellen und heterosexuellen Paaren im Eherecht obsolet wurde.¹⁸ An der Normativität der Paarkonstellation hat sich jedoch damit nichts geändert: Nicht-heterosexuelle wie heterosexuelle Lebensformen erfahren nur dann rechtliche, materielle und symbolische Anerkennung, wenn ihnen eine Annäherung an paarnormative Lebensweisen gelingt, während nicht paarförmig lebende Gruppen außen vor bleiben. Vor diesem Hintergrund kann von einer „Heteronormalisierung nicht heterosexueller Lebensformen“ (Hark/Laufenberg 2013: 229) gesprochen werden. Auch wenn es politische Gleichstellungsbemühungen gibt, führten sie nicht zu einer Umkehrung der privilegierten Stellungen in der Gesellschaft (Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2013; Kroh et al. 2017; Sachverständigenkommission 2017; Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin 2016).

Die in diesem Abschnitt eingeführte zweite, geschlechtersoziologische Perspektive auf die Prekarisierung des männlichen Ernährermodells fokussiert insbesondere veränderte und persistente Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen und der geschlechterdifferenten Arbeitsteilung. Damit konnten eine Reihe von Verzerrungen (die Behauptungen einer Herrschaft von Frauen, Migrant_innen und Homosexuellen sowie einer Zerstörung der heterosexuellen Kleinfamilie) sowie problematische Auslassungen (ökonomischer und sozialpolitischer Wandel, Reproduktionssphäre) der Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung aufgezeigt und insgesamt ein differenzierteres Bild über die sozialen Dynamiken der Entsicherung und veränderte Ungleichheitslagen skizziert werden. Doch auch mit

18 Allerdings gilt dies nicht in Bezug auf Elternschaft: Wird ein Kind in eine lesbische Beziehung hineingeboren, wird die zweite Mutter erst durch die Stiefkindadoption rechtlich zum zweiten Elternteil des Kindes.

dieser erweiterten zweiten Prekarisierungsperspektive bleibt das Bild noch unvollständig.

2.3 Prekarisierung als Brüchigwerden moderner (Geschlechter-)Gewissheiten

In diesem Abschnitt nehmen wir die noch offene Frage auf, warum es gerade Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung sind, die in den benannten Diskursen attackiert werden. Wir argumentieren, dass diese Diskurse durch Irritationen der „doxischen Erfahrung“, so Bourdieu (2005: 20), befördert werden. Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung sind deshalb zu einer Zielscheibe der Diskurse geworden, weil sie maßgeblich daran beteiligt waren und sind, unhinterfragbare Gewissheiten (Doxa) zu prekarisieren, was in Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung zutreffend erkannt wird.¹⁹ Der Begriff der Doxa weist aus, dass diese unhinterfragbaren Gewissheiten keine Argumente darstellen, die kraft besserer Argumente überwunden werden können, sondern vielmehr symbolische Ordnungen.

Mit der doxischen Erfahrung beschrieb Bourdieu (2005: 20) eine „Beziehung zur Welt“, die dadurch ermöglicht wird, dass eine „Übereinstimmung zwischen den objektiven und den kognitiven Strukturen, zwischen der Form des Seins und den Formen der Erkenntnis, zwischen dem Lauf der Welt und den ihn betreffenden Erwartungen“ (Bourdieu 2005: 20) vorliegt. Bourdieu führt als Beispiel die geschlechterdifferente Arbeitsteilung an, die Männlichkeit mit Erwerbsarbeit und Weiblichkeit mit Reproduktionsarbeit verknüpft. Für Bourdieu (2005) bildet ‚männliche Herrschaft‘ eine Doxa, da sie geradezu als Natürlichkeit erscheint. Mit männlicher Herrschaft beschreibt Bourdieu damit nicht nur Ungleichheiten in der Erwerbssphäre, die Männer privilegieren, sondern vielmehr eine symbolische Ordnung, in der ‚männliche Herrschaft‘ als etwas erscheinen kann, das keiner Rechtfertigung bedarf. Mit Prekarisierung beschreiben wir in einer dritten Perspektive Irritationen der Doxa. Doch inwiefern wird die Doxa der ‚männlichen Herrschaft‘ überhaupt irritiert?

2.3.1 Prekarisierung und die Doxa der ‚männlichen Herrschaft‘ (Bourdieu)

Stellte die Verknüpfung von Erwerbsarbeit und Männlichkeit die Grundlage des männlichen Ernährermodells dar, werden bisherige Männlichkeitskonstruktionen durch den auch sozialpolitisch forcierten Wandel der Erwerbsarbeit (siehe 2.1) „herausgefordert“ (Lengersdorf/Meuser 2010: 90): Wenn etwa Männer aufgrund ihrer

19 Für von Braun (2017: 38) war die Geschlechterforschung hierbei gar nicht die treibende Kraft. Die Wandelbarkeit von Geschlecht gehe vielmehr auf die Reproduktionsmedizin zurück, die seit den 1960er Jahren neue Definitionen für Vater- und Mutterschaft einführt und radikal mit dem Konzept der Elternschaft in der bürgerlichen Kleinfamilie brach. Die Geschlechterforschung reagierte auf diese Entwicklungen und bemühte sich um ihre Entzifferung.

prekären Beschäftigungsbedingung den Verlust ihrer Ernährerrolle erfahren, kann dies als Irritation der „doxischen Erfahrung“ (Bourdieu 2005: 20) des Männlichen beschrieben werden (Egert et al. 2010: 188). Mit Irritation ist nicht eine faktische Überwindung der ‚männlichen Herrschaft‘, sondern vielmehr die Erfahrung gemeint, dass sich traditionelle Geschlechterarrangements in der praktischen Lebensführung nicht mehr bewähren und deshalb infrage gestellt werden können.

Wie die Forschung zu Männlichkeitskonstruktionen im Kontext prekärer Beschäftigung zeigt, kann trotz bestehender Irritationen Erwerbsarbeit weiterhin die Grundlage für Männlichkeitskonstruktionen bilden, auch wenn sich die Ernährerrolle immer weniger realisieren lässt (Scholz 2009). Irritationen können sich in einer Retraditionalisierung des Geschlechterverhältnisses manifestieren, es liegen aber auch Hinweise auf ‚Erschöpfungen‘ traditioneller Männlichkeitskonstruktionen vor, da sich die Zentralität von Erwerbsarbeit nicht in der praktischen Lebensführung bewährt (Völker 2011; Egert et al. 2010). Mit Bourdieu lässt sich somit zeigen, dass sich die Doxa der ‚männlichen Herrschaft‘ nicht einfach überwinden lässt, da sie nicht ein schlechtes Argument ist, das kraft eines besseren Argumentes überwunden werden könnte, sondern vielmehr eine symbolische Ordnung darstellt, durch welche die soziale Welt wahrgenommen wird.²⁰

2.3.2 „Paradigmatische Verunsicherungswissenschaften“ (Degele 2003)

Sozialkonstruktivistische Ansätze (etwa Berger/Luckmann 2013), die sich für das historische Gewordensein gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen interessieren, bringen ein Wissen über soziale Wirklichkeiten hervor, das sich nicht unbedingt mit den unhinterfragbaren Gewissheiten, den Doxa, decken muss, die als Alltagswissen bezeichnet werden können. Dies hat zur Folge, dass sozialkonstruktivistische und mehr noch dekonstruktivistische (etwa Butler 1991) Ansätze Verunsicherungen produzieren können, weswegen Degele (2003: 9) die Soziologie und Geschlechterforschung in dieser Tradition als „paradigmatische Verunsicherungswissenschaften“ bezeichnet. Sie verunsichern, da sie mit einem essentialistischen Verständnis von Geschlecht und Sexualität brechen, wie sich knapp anhand dreier Studien zur Geschlechterdifferenz, zum Zweigeschlechtermodell und zur männlichen Hegemonie skizzieren lässt: Laqueur (1990) zeigte etwa in seiner körperhistorischen Untersuchung, dass die Vorstellung einer biologischen Geschlechterdifferenz erst im 18. Jahrhundert in der Anatomie aufkam und sich die Naturwissenschaften fortan daran beteiligten, ein polares Zweigeschlechtermodell nachzuweisen. Butler (1991) wandte sich den Ausschlüssen des Zweigeschlechtermodells zu und zeigte mit dem Begriff der heterosexuellen Matrix, dass Körper, wie Geschlechter und Begehren diskursiv naturalisiert werden, indem gesellschaftlich eine Überein-

20 Damit soll aber kein Determinismus bedient werden, denn durch die Bourdieusche Perspektive wird es auch möglich, die „Reibung zwischen (vergeschlechtlichten) Habitus und in Veränderung/Auflösung begriffenen Bedingungen und Figurationen alltäglichen Handelns“ (Dölling/Völker 2008: 59) zu verstehen.

stimmung zwischen sozialem und biologischem Geschlecht, sexueller Praxis sowie Begehren errichtet wird. Connell (2000) machte deutlich, dass Männlichkeiten historisch variable soziale Konstruktionen sind, die immer in Relationen zueinander stehen; so wird etwa hegemoniale Männlichkeit über marginalisierte Männlichkeit bestimmt.

Post- und dekoloniale Kritiken fordern Analysen zu Geschlecht und Sexualität zudem heraus, indem sie auf deren Ausschlüsse verweisen: Die Wahrnehmung der Welt ist nicht nur durch eine heteronormative Geschlechterbinarität vermittelt, sondern muss im Kontext des Kolonialismus betrachtet werden (Spivak 2007), durch den bis heute machtvoll Wissenssysteme wirksam sind. Statt einen Eurozentrismus zu bedienen und westliche Entwicklungen nur aus sich heraus zu analysieren, müssten die globalen (post-)kolonialen Dynamiken systematisch betrachtet werden.

Hier zeigt sich wieder eine Verzerrung: Die Debatten zu Geschlecht, Sexualität und Nation sind komplexer, in sich umkämpfter, differenzierter und vielfältiger als in den Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung mit dem homogenisierenden Stichwort des ‚Genderismus‘ behauptet wird.

Es ist somit zutreffend, dass auch durch die Geschlechterforschung und durch Ansätze der postkolonialen Kritik und Queer Studies das (Geschlechter-)Wissen des goldenen Zeitalters von Ehe und Familie der 1950er bis 1970er Jahren sukzessive verflüssigt wurde: Wer sich um Kinder kümmert oder sich in der Erwerbssphäre bewährt, ob ein Kind überhaupt noch Mutter und Vater oder zwei Mütter hat, wer zu einer nationalen Ordnung gehört und wie Zugehörigkeiten vermittelt werden, hat an (vermeintlicher) Klarheit verloren. Indem die Normen von Männlichkeiten, Heterosexualität und Weißsein (Frankenberg 1993) zur Diskussion gestellt und als soziale Konstrukte entlarvt werden, werden zunehmend auch diese Kategorien zu etwas Benennbarem, was vorher ausschließlich für das Weibliche, Homosexuelle und Schwarze galt. Erst mit dem Brüchigwerden des einst Selbstverständlichen werden diese Konstruktionen als Normalisierungsregime erkennbar und verhandelbar. Hier kann vorsichtig von einer Prekarisierung der Doxa gesprochen werden, womit aber keine Überwindung dieser Doxa gemeint ist: Wenn Männlichkeit zu etwas Benennbarem wird, wird die Selbstverständlichkeit der ‚männlichen Herrschaft‘ infrage gestellt, aber nicht überwunden. Auch die zu Beginn des Beitrags genannten Beispiele von Tendenzen der Gleichstellung thematisieren nicht das Prekärwerden von Privilegien, wohl aber das Prekärwerden der Zuschreibungen, mit denen Privilegien gerechtfertigt werden.

Gleiches lässt sich am Beispiel der Doxa der Heterosexualität zeigen: Seit wenigen Jahren lässt sich tatsächlich eine erhöhte Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen beobachten, wie u.a. die Rechtsprechung zeigt, die sich mit der Ehe für alle (2017) an Gleichstellung orientiert. Die Einführung der Ehe für alle verweist darauf, dass die Doxa der Heterosexualität brüchig geworden ist, da die Privilegie-

rung der Heterosexualität zu etwas Verhandelbarem geworden ist. Damit kann aber noch lange nicht von einer „Homosexualisierung der Gesellschaft“ (Gut 2009) gesprochen werden, wie behauptet wird (siehe Abschnitt 2.2.2). Die Doxa der Heterosexualität ist durch sexualpolitische Bewegungen, Tendenzen der Gleichstellung und Interventionen der *Queer Theory* als unhinterfragte Doktrin in Ansätzen prekär geworden, nicht aber als soziale Struktur (wie jüngst auch die Analysen von Kroh et al. 2017 zeigen).

In Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung wird die oben genannte Verhandelbarkeit der Kategorien als Bedrohung markiert, wie auch die vielen Beispiele in Abschnitt 1.1. zeigen. In dieser Lesart übernehmen Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung eine „Orientierungsfunktion“ (Nachtwey 2016: 221), was ihre Anziehungskraft für einige Gruppen erklärbar macht. Diese Anziehungskraft resultiert maßgeblich daraus, dass sie Komplexität reduzieren, indem sie essentialistische Vorstellungen ins Feld führen. Ihre Komplexitätsreduzierungen können wiederum eine große Plausibilität entfalten, da sie häufig dem entsprechen, was als natürlich und selbstverständlich wahrgenommen wird. Mit dem Konzept der Doxa lässt sich somit erklären, wie der große Widerwille zustande kommen kann, sich auf Unübersichtlichkeiten, wie etwa vielfältige Lebensformen, einzulassen, die wiederum postessentialistische Ansätze zutage förderten. Denn irritiert werden nicht Behauptungen, die sich kraft ‚besserer Argumente‘ überwinden lassen (Nassehi 2015), sondern symbolische Ordnungen, in denen die Wahrnehmung der sozialen Welt erfolgt.

2.4 Prekarisierung auf den Ebenen von Ungleichheiten und Doxa

In den vorigen Abschnitten wurden aus verschiedenen prekarisierungstheoretischen Perspektiven Überlegungen zu den Entstehungsbedingungen der Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung vorgestellt und Verzerrungen, aber auch zutreffende Deutungen dargestellt. In diesem Abschnitt plädieren wir für ein prekarisierungstheoretisches Konzept, mit dem eine vierte Perspektive beschrieben wird. Wir argumentieren, dass für die Analyse dieser Diskurse ein Prekarisierungsbegriff notwendig wird, der eine Sensibilität für veränderte Ungleichheiten *und* Irritationen der Doxa bereithält. Wir schlagen daher ein *erweitertes* Konzept vor, das die drei vorherigen Prekarisierungsperspektiven integrieren kann: Die Perspektive auf die Prekarisierung der Erwerbsphäre (2.1) und auf die Prekarisierung des Ernährermodells und der geschlechterdifferenten Arbeitsteilung (2.2), die beide mit Ungleichheiten einhergehen, müssen verbunden werden mit der Perspektive auf die Prekarisierung überkommener (Geschlechter-)Gewissheiten auf Ebene der Doxa und symbolischer Ordnungen (2.3). Mit einem solchen vierten, erweiterten Prekarisierungsbegriff können Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung gewinnbringend prekarisierungstheoretisch analysiert werden, da Ungleichheiten *und* symbolische Ordnungen sowie Ambivalenzen umfasst werden können.

3 Fazit und Diskussion – Für einen erweiterten Prekarisierungsbegriff

In unserem Beitrag unternahmen wir eine soziologische Gegenwartsanalyse aktueller Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. Wir schlugen vor, diese Diskurse als ein Deutungsangebot sozialer Entsicherungsdynamiken ernst zu nehmen und dieses soziologisch zu befragen. Die theoretische und empirische Grundlage dieser Befragung bildete die soziologische Prekarisierungsforschung. Wir argumentierten, dass Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung in diesen Diskursen für Veränderungen verantwortlich gemacht werden, die wir als Prekarisierungsprozesse formulierten.

3.1 Entstehungsbedingungen

In den letzten drei Jahrzehnten zeichnete sich ein umfassender Umbau des Sozialstaats ab, der sich an den Leitmaximen der Aktivierung, Selbstverantwortung und Flexibilisierung orientierte (siehe 2.1). Lebenslagen wurden (mindestens) in doppelter Weise erschüttert: Durch Unsicherheiten in der Erwerbsarbeit fürchten oder erfahren immer mehr Menschen einen sozialen Abstieg oder eine Verfestigung ihrer ohnehin prekären Lage. Geschlechterarrangements des männlichen Ernährermodells erweisen sich zunehmend als dysfunktional, sozialpolitisch wird die Beschäftigung von allen Erwerbsfähigen forciert. Gleichzeitig steigt im Zuge dieses sozialpolitischen Wandels von Arbeit auch die Bedeutung von Diskriminierungsfreiheit, insbesondere wenn die Erwerbssphäre betroffen scheint. In der Rechtsprechung zeichnen sich Tendenzen der Gleichstellung ab, wie etwa bei der Frauen-Quote in Aufsichtsräten oder der Einführung von *Gender Mainstreaming*. Diese Tendenzen der Gleichstellung stellen Erfolge emanzipatorischer Bewegungen dar, insofern sie seit Jahrzehnten für diese Rechte eintreten. Aber erst durch den sozialpolitischen Wandel, der sich an der Zentralität von Erwerbsarbeit orientiert, wurden einige dieser geforderten Rechte realisiert, wenn auch in der Regel in abgeschwächter Version. Diese umfassenden Entsicherungsdynamiken einerseits und Gleichstellungstendenzen andererseits bilden den Nährboden für Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. Diese Diskurse können als Reaktionen auf die Zumutungen gelesen werden, die Prekarisierungsprozesse – Prekarisierung ist dabei weit gefasst – bereithalten: 1. Reaktionen auf die Zumutungen der Unsicherheiten in der Erwerbssphäre, durch die Ängste vor (weiteren) sozialen Abstiegen wachsen, 2. Reaktionen auf die Zumutungen des sozialpolitischen Wandels, der Eigenverantwortung und Aktivierung zu den Leitmaximen erklärt und damit berufliche Erfolge sowie Misserfolge als individuelle Herausforderungen vermittelt, womit auch gesellschaftliche Solidarisierungen und Mobilisierungen erschwert werden, 3. Reaktionen auf die Zumutungen des prekär gewordenen männlichen Ernährermodells, wodurch Geschlechterarrangements flexibilisiert wurden sowie eng damit verknüpft 4. Reaktionen auf die Zumutungen der durch emanzipatorische Bewegungen und

der ihnen nahe stehenden kultur- und sozialwissenschaftlichen postessentialistischen Ansätze teilweise prekär gewordenen Doxa der „männlichen Herrschaft“ (Bourdieu 2005) und der Heterosexualität.

3.2 Verzerrungen und Auslassungen

In unserem Beitrag rekonstruierten wir eine Reihe von Verzerrungen, die in Positionen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung transportiert werden: Erstens wird eine Homogenisierung von Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung vorgenommen. Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung werden in der Regel in einen Topf geworfen, womit auch die Differenzierungen innerhalb der Geschlechterforschung in diesen Diskursen aus dem Blick geraten. Diese Homogenisierung kann kaum überraschen, da sie für die Externalisierung – die Problemverschiebung – eine wichtige Funktion übernehmen kann (siehe 2.1). Zweitens widerlegten wir die Behauptung eines Gender- und Gleichheitswahns, im Zuge dessen Frauen, Homosexuelle und Migrant_innen überproportional Privilegien erhielten und die heterosexuelle Kleinfamilie überwunden werde. Dagegen skizzierten wir auf Grundlage der geschlechtersoziologischen Prekarisierungsforschung, dass das männliche Ernährermodell prekär geworden ist und sich Geschlechterverhältnisse verändert haben. Wir verwiesen darauf, was in diesen Diskursen nicht gesagt wird, worin also bedeutungsvolle Auslassungen bestehen. Wenn man von einer Reproduktionskrise (Aulenbacher 2013) ausgeht, wird der Irrtum eines behaupteten neuen Privilegiengewinns von Frauen und Migrant_innen noch augenfälliger: Es sind weiterhin Frauen und Migrant_innen, die unter prekären Bedingungen die gesellschaftlich wenig anerkannte Reproduktionsarbeit übernehmen. Wenn man zudem von Sorgeverhältnissen ausgeht, erscheinen auch die Schritte in Richtung Gleichstellung für Nicht-Heterosexuelle als ambivalent, wie wir am Beispiel der Bedarfsgemeinschaft, der Eingetragenen Lebenspartnerschaft und der Ehe für alle argumentierten (2.2.2). Der Blick auf bestehende nationalstaatliche Steuerungssysteme und Alltagsrassismen führt schließlich die Behauptung einer Privilegierung von Migrant_innen ad absurdum (Aulenbacher 2013).

3.3 Erweitertes Prekarisierungskonzept

Trotz existierender begrifflicher Überlegungen (Motakef 2015; Kraemer 2008; Brinkman et al. 2006) wird Prekarisierung in den Sozialwissenschaften in der Regel auf eine schillernde Weise verwendet. Um eine Analyse der Diskurse vornehmen zu können, differenzierten wir drei Perspektiven: 1. Perspektiven der Arbeits- und Industriesoziologie, die sich für die ökonomisch bedingte wie sozialpolitisch mit forcierte Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und ihre gesellschaftlichen Folgen interessieren, 2. die geschlechtersoziologische Prekarisierungsforschung, bei der veränderte Ungleichheiten im Zentrum stehen sowie 3. Prekarisierungsprozesse, die auf Ebene der Doxa stattfinden. Wir plädierten abschließend für ein erweitertes Prekarisierungskonzept, welches diese drei Perspektiven integriert

(2.4). Mit diesem erweiterten Prekarisierungskonzept wird es möglich, die Ambivalenzen dieser Prozesse erfahrbar zu machen. Schließlich wäre es ebenso eine Verengung, in Prekarisierung nur destruktive und bedrohliche Veränderungen in der Erwerbsphäre und der Sozialpolitik zu erkennen, wie es eine Verzerrung wäre, in Prekarisierung vor allem Freiheitsgewinne zu markieren, da Doxa teilweise prekär werden.

Wenngleich am Exempel von Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung entwickelt, erscheint dieser erweiterte Prekarisierungsbegriff auch für die allgemeine Prekarisierungsdebatte weiterführend und ist zudem theoretisch wie empirisch anschlussfähig: Theoretisch erlaubt der von uns vorgeschlagene erweiterte Prekarisierungsbegriff erstens eine breitere und umfassendere gesellschaftliche Analyse von Prekarisierungsprozessen, da nicht nur die Erwerbsphäre (und deren sozialstaatliche Regulierung) fokussiert wird, sondern auch Reproduktionstätigkeiten und deren Vergeschlechtlichung. Zugleich wird so der Blick auf den gesamten Lebenszusammenhang eröffnet, nicht nur auf (männliche) Erwerbsarbeit. Dadurch geraten weiterhin Relationierungen und Ambivalenzen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Sphären und Lebensbereichen in den Blick sowie auch Ambivalenzen von Prekarisierungen in den einzelnen Sphären und zwischen ihnen. Zweitens ermöglicht unser erweiterter Blick sowohl die Analyse von (materiellen, ökonomischen, rechtlichen und anderen) Ungleichheiten als auch von symbolischen und kulturellen Ordnungen und Normierungen. Auch hier können Ambivalenzen innerhalb und zwischen beiden erfasst und analysiert werden. Empirisch können mit dieser Perspektive ebenfalls vielfältige Prekarisierungsphänomene sowie deren Ambivalenzen auf materieller wie auf symbolischer Ebene untersucht werden.

Wenn wir uns für den dargelegten erweiterten Prekarisierungsbegriff aussprechen, bedarf aber auch dieser noch weiterer Arbeit aufgrund begrifflicher Unschärfen in der Prekarisierungsdebatte. So ist zentral noch weitere analytische Arbeit mit Blick auf Wirkungsrichtungen und -prinzipien der genannten prekarisierungstheoretischen Zusammenhänge verschiedener Lebensbereiche und -sphären notwendig.

3.4 Grenzen und offene Fragen

Die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit den Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung befindet sich erst in ihren Anfängen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass viele Fragen noch unbeantwortet sind.

Zunächst wäre zu erklären, wo die in diesem Beitrag entwickelte prekarisierungstheoretische Begründung für diese Diskurse an ihre Grenzen stößt. Hierbei gilt es auch, die zeitliche und regionale Spezifik zu betonen: Prekarisierung und Prekarität wurden in diesem Beitrag vor dem Hintergrund von Entsicherungsprozessen in Deutschland diskutiert. Zweifelsfrei gibt es aber auch in anderen Ländern Diskurse gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung, ohne dass es wohlfahrt-

staatliche Entsicherungsprozesse gab, da öffentliche Sozialausgaben, wie etwa in den USA, immer auf niedrigem Niveau waren. Ausgehend von einem regional und historisch situierten Prekarisierungsverständnis wäre also danach zu fragen, wie der Wandel von Arbeit und von Geschlechterverhältnissen auch in anderen Ländern in Beziehung zu diesen Diskursen steht, wo Gemeinsamkeit und wo Unterschiede bestehen.

Weiter könnte eingewendet werden, dass die Akteure, die diese Diskurse lancieren, sich gerade nicht oder zumindest nicht überwiegend aus der Gruppe der prekär Beschäftigten zusammensetzen. Diesem Argument wäre zu entgegnen, dass ihre in der Einleitung skizzierten Initiativen als Reaktionen auf verunsicherte vergeschlechtlichte Doxa und als Versuche der Resouveranisierungen gelesen werden können. Wenn sie etwa vor einer Homosexualisierung der Gesellschaft warnen, kann dies zudem als Versuch interpretiert werden, im Namen prekär Beschäftigter zu sprechen und sie damit als Gemeinschaft gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung aufzubringen.

Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der empirischen Verbreitung des Phänomens und der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Akteur_innen, die diese Diskurse verbreiten. Bei welchen Gruppen erweisen sich diese Behauptungen als anschlussfähig? Welche Bedeutung spielen Bildung, soziale Herkunft, berufliche Position oder Geschlecht? Für Kimmel (2013) ist es kein Zufall, dass Positionen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung häufig männliche und weiße Artikulationen sind. Er spricht am Beispiel der USA von *gekränkten Ansprüchen* weißer Männer insbesondere der Arbeiterschaft, aber auch darüber hinaus: Es geht um die Vorstellung, dass sie Ansprüche haben, die ihnen heute verwehrt werden. Diese Überlegungen, die von einer Verschränkung von Männlichkeit, ‚Klasse‘ und ‚Weißsein‘ ausgehen, wären auch auf einen deutschen Kontext zu übersetzen. Dazu fehlen jedoch noch sozialstrukturelle Daten und männlichkeits- sowie rassistischtheoretische Überlegungen; zudem gibt es auch weibliche und nicht-weiße Akteur_innen und Befürworter_innen (dazu v.a. Thompson 2017).

Weitgehend unerforscht sind zudem die historischen Kontinuitäten und Brüche: Was ist an diesen Diskursen neu, was nicht? Schließlich sind feministische Diskurse und Geschlechterforschung maßgeblich erst aus der Auseinandersetzung mit antifeministischen und sexistischen Diskursen erwachsen. Auch ist die Ablehnung von Gleichstellungsbemühungen etwa in der katholischen Kirche alles andere als ein Novum (Paternotte 2017). Für Hark und Villa (2017 a) ist an diesen Diskursen neu, dass nicht der Feminismus, sondern *gender* attackiert wird. Es wird häufig nicht mehr argumentiert, dass Frauen und Männer wegen ihrer natürlichen Verschiedenheit nicht die gleichen Rechte haben sollten, sondern dass Frauen und Männer längst gleich an Rechten sind, sie aber in ihrer Natur verschieden seien (Hark/Villa 2017 a: 26). Neben weiterer genealogischer Forschung zu den Kontinuitäten und Brüchen der Diskurse bedarf es weiterer Differenzierungen zu den

vielfältigen Allianzen von antifeministischen und etwa rassistischen, antisemitischen, homo- und transphoben Positionen. Auch liegen erst wenige systematische international vergleichende Studien vor, welche die Verflechtungen, Widersprüche, Ähnlichkeiten und Unterschiede der Diskurse im Rahmen des spezifischen sozialen, kulturellen, rechtlichen und politischen Kontexts herausarbeiten (Köttig/Bitzan/Petö 2017; Kuhar/Paternotte 2017).

In Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche, Verunsicherungen und der Krise repräsentativer Demokratien strahlen diese Diskurse Attraktivität aus, da sie häufig einfache Antworten für komplexe Problemlagen bieten. Ob sie aber auch tragfähige Problemlösungen liefern können, bleibt mehr als fraglich. Schließlich wird in den aufgeregten Beiträgen der ‚Antigenderisten‘ über vermeintliche Steuerverschwendungen durch die Geschlechterforschung oder die angebliche Zurichtung durch Gleichstellungspolitik vernebelt, dass sie politische Projekte entwerfen, die teils auf anti-liberalen und antidemokratischen Grundfesten stehen.

Werden Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung diffamiert, dann stellen diese Attacken keine partikularen Angriffe dar. Es geht weder nur um einzelne Personen in der Gleichstellungspolitik, noch um nur bestimmte Professorinnen in der Geschlechterforschung. Auf dem Spiel steht vielmehr – und dies wird unseres Erachtens auch innerhalb der Soziologie noch zu wenig erkannt – das Bekenntnis für eine pluralistische und kritische Wissenschaft und eine pluralistische und an Gleichheit orientierte Gesellschaft. Diese Bekenntnisse erfordern heute mehr denn je soziologische Aufklärung und Einmischung.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1995 [1950]): *Studien zum autoritären Charakter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2013): *LGBT-Erhebung in der EU – Erhebung unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen in der Europäischen Union. Ergebnisse auf einen Blick*. Wien: Agentur der Europäischen Union für Grundrechte.
- Aulenbacher, Brigitte (2009): Die soziale Frage neu gestellt – Gesellschaftsanalysen der Prekarisierungs- und Geschlechterforschung, in: Robert Castel & Klaus Dörre (Hrsg.), *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M./New York: Campus. S. 65-77.
- Aulenbacher, Brigitte (2013): Reproduktionskrise, Geschlechterverhältnis und Herrschaftswandel. Von der Frage nach den Krisenherden über die Gesellschaftskritik zum Problem der Allianzen, in: Hildegard M. Nickel & Andreas Heilmann (Hrsg.), *Krisen, Kritik, Allianzen. Arbeits- und geschlechtersoziologische Perspektiven*. Weinheim: Beltz. S. 14-29.
- Becker-Schmidt, Regina, Knapp, Gudrun-Axeli & Schmidt, Beate (1984): *Eines ist zuwenig – beides ist zuviel. Erfahrungen von Arbeiterfrauen zwischen Familie und Fabrik*. Bonn: Neue Gesellschaft.
- Berger, Peter L. & Luckmann, Thomas (2013): *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*. Frankfurt a.M.: Fischer.

- Bock, Gisela & Duden, Barbara (1976): *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. Berlin: Courage.
- Bothfeld, Silke, Klammer, Ute, Klenner, Christina, Leiber, Simone, Thiel, Anke, Ziegler, Astrid & Hans-Böckler-Stiftung (2005): *WSI-FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen*. Berlin: Edition Sigma.
- Bourdieu, Pierre (2005): *Die männliche Herrschaft*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Brinkmann, Ulrich, Dörre, Klaus, Röbenack, Silke, Kraemer, Klaus & Speidel, Frederic (2006): *Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst – Soziologie einer Subjektivierungsform*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbegehren der Geschlechter*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Castel, Robert (2000): *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Castel, Robert & Dörre, Klaus (Hrsg.) (2009): *Prekariat, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Connell, Robert W. (2000): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeit*. Opladen: Leske + Budrich.
- Degele, Nina (2003): Happy together: Soziologie und Gender Studies als paradigmatische Verunsicherungswissenschaften. *Soziale Welt* 54(1): 9-29.
- Dörre, Klaus, Scherschel, Karin, Booth, Melanie, Haubner, Tine, Marquardsen, Kai & Schierhorn, Karen (2013): *Bewährungsproben für die Unterschicht? Soziale Folgen aktivierender Arbeitsmarktpolitik*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Egert, Gerko, Hagen, Herdis, Powalla, Oliver & Trinkaus, Stephan (2010): Praktiken der Nichtmännlichkeit – Prekär-Werden Männlicher Herrschaft im ländlichen Brandenburg, in: Alexandra Manske & Katharina Pühl (Hrsg.), *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 186-209.
- Engels, Anita, Beaufays, Sandra, Kegen, Nadine V. & Zuber, Stephanie (2015): *Bestenauswahl und Ungleichheit. Eine soziologische Studie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Exzellenzinitiative*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Esping-Andersen, Gösta (2002): Towards the Good Society, Once Again? in: Gösta Esping-Andersen, Gallie Duncan, Anton Hemerijck & John Myers (Hrsg.), *Why We Need a New Welfare State*. Oxford: Oxford University Press. S. 26-67.
- Foucault, Michel (1971): *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Frankenberg, Ruth (1993): *White Women, Race Matters: The Social Construction of Whiteness*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Frey, Regina, Gärtner, Marc, Köhnen, Manfred & Scheele, Sebastian (2014): *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Goffman, Erving (1977): The Arrangement between the Sexes. *Theory and Society* 4(3): 301-331.
- Gottschall, Karin & Schwarzkopf, Manuela (2010): *Irreguläre Arbeit in Privathaushalten. Rechtliche und institutionelle Anreize zu irregulärer Arbeit in Privathaushalten in Deutschland. Bestandsaufnahme und Lösungsansätze*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung.

- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2010): *Migration, Domestic Work and Affect*. London/New York: Routledge.
- Hark, Sabine & Laufenberg, Mike (2013): Sexualität in der Krise. Heteronormativität im Neoliberalismus, in: Erna Appelt, Brigitte Aulenbacher & Angelika Wetterer (Hrsg.), *Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 217-244.
- Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (2017 a): ‚Eine Frage an und für unsere Zeit‘. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse, in: Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript. S. 15-39.
- Hark, Sabine & Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2017 b): *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript.
- Hirschauer, Stefan (2016): Der Diskriminierungsdiskurs und das Kavaliersmodell universitärer Frauenförderung. *Soziale Welt* 67(2): 119-135.
- Jungwirth, Ingrid & Scherschel, Karin (2010): Ungleich prekär – zum Verhältnis von Arbeit, Migration und Geschlecht, in: Alexandra Manske & Katharina Pühl (Hrsg.), *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 110-132.
- Keller, Berndt K. & Seifert, Hartmut (2013): *Atypische Beschäftigung zwischen Prekarität und Normalität. Entwicklung, Strukturen und Bestimmungsgründe im Überblick*. Berlin: Edition Sigma.
- Kemper, Andreas (2014): *Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AFD – eine Expertise*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kimmel, Michael (2013): *Angry White Men. American Masculinity at the End of an Era*. New York: Nation Books.
- Kleemann, Frank & Voß, G. Günter (2010): Arbeit und Subjekt, in: Fritz Böhle, G. Günter Voß & Günther Wachtler (Hrsg.), *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden: Springer. S. 415-450.
- Köttig, Michaela, Bitzen, Renate & Petö, Andrea (Hrsg.) (2017): *Gender and Far Right Politics in Europe*. London/New York: Palgrave Macmillan.
- Kováts, Eszter & Pöim, Maari (2015): *Gender As Symbolic Glue*. Budapest: Foundation of European Progressive Studies (FEPS) & Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Kraemer, Klaus (2008): Prekarität – was ist das? *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik* 17(2): 77-90.
- Kraemer, Klaus & Speidel, Frederic (2005): Prekarisierung von Erwerbsarbeit. Zur Transformation des arbeitsweltlichen Integrationsmodus, in: Wilhelm Heitmeyer & Peter Imbusch (Hrsg.), *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft*. Wiesbaden: Springer. S. 367-390.
- Kroh, Martin, Kühne, Simon, Kipp, Christian & Richter, David (2017): Einkommen, soziale Netzwerke, Lebenszufriedenheit: Lesben, Schwule und Bisexuelle in Deutschland. *DIW Wochenbericht* 35: 687-698.
- Kuhar, Roman & Paternotte David (2017): *Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality*. London/New York: Rowman & Littlefield International.
- Lang, Juliane & Peters, Ulrich (Hrsg.) (2018): *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt*. Hamburg: Marta Press.
- Laqueur, Thomas (1990): *Making Sex: Body and Gender from the Greeks to Freud*. Cambridge: Harvard University Press.

- Lengersdorf, Diana & Meuser, Michael (2010): Wandel von Arbeit – Wandel von Männlichkeiten. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 35(2): 89-103.
- Lessenich, Stephan (2008): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*. Bielefeld: transcript.
- Lewis, Jane (2004): Auf dem Weg zur „Zwei-Erwerbstätigen“-Familie, in: Sigrid Leitner, Ilona Ostner & Margit Schratzenstaller (Hrsg.), *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch. Was kommt nach dem Ernährermodell? Jahrbuch für Europa- und Nordamerikastudien Band 7*. Wiesbaden: Springer. S. 62-84.
- Lorey, Isabell (2012): *Die Regierung des Prekären*. Wien: Turia + Kant.
- Manske, Alexandra & Pühl, Katharina (Hrsg.) (2010): *Prekarisierung zwischen Anomie und Normalisierung. Geschlechtertheoretische Bestimmungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Motakef, Mona (2015): *Prekarisierung*. Bielefeld: transcript.
- Mückenberger, Ulrich (1985): Die Krise des Normalarbeitsverhältnisses. *Zeitschrift für Sozialreform* 31(7): 415-434.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs Gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*. Berlin: Suhrkamp.
- Nassehi, Armin (2015): *Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. Hamburg: Murmann.
- Paternotte, David (2017): Blessing the Crowds. Catholic Mobilisation against Gender in Europa, in: Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript. S. 129-147.
- Pető, Andrea (2015): ‚Anti-gender‘ mobilisational discourse of conservative and far right parties as a challenge for progressive politics, in: Eszter Kováts & Maari Póim (Hrsg.), *Gender as Symbolic Glue*. Budapest: Foundation of European Progressive Studies (FEPS) & Friedrich-Ebert-Stiftung. S. 126-132.
- Planert, Ute (1998): *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rosenbrock, Hinrich (2012): *Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Sachverständigenkommission (2017): *Erwerbs- und Sorgearbeit gemeinsam neu gestalten. Gutachten für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung*. <http://www.gleichstellungsbericht.de> (Zugegriffen: 19.2.2018).
- Scherschel, Karin (2008): Prekäres Leben, prekäre Forschungslage – Zur Notwendigkeit einer integrierenden Perspektive auf Fluchtmigration, in: Claudio Altenhain, Anja Danilina, Erik Hildebrandt, Stefan Kausch, Annekathrin Müller & Tobias Roscher (Hrsg.), *Von ‚Neuer Unterschicht‘ und Prekariat. Gesellschaftliche Verhältnisse und Kategorien im Umbruch. Kritische Perspektiven auf aktuelle Debatten*. Bielefeld: transcript. S. 77-91.
- Siri, Jasmin (2016): Geschlechterpolitische Positionen der Partei Alternative für Deutschland, in: Alexander Häusler (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung*. Wiesbaden: Springer. S. 69-80.
- Schmincke, Imke (2017): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzungen am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland, in: Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.), *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript. S. 93-107.

- Scholz, Sylka (2009): Männer und Männlichkeiten im Spannungsfeld zwischen Erwerbs- und Familienarbeit, in: Brigitte Aulenbacher & Angelika Wetterer (Hrsg.), *Arbeit: Perspektiven und Diagnosen der Geschlechterforschung*. Münster: Westfälisches Dampfboot. S. 82-99.
- Spivak, Gayatri C. (2007): *Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation*. Wien: Turia + Kant.
- Statistisches Bundesamt (2018 a): *Personal an Hochschulen*. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/PersonalGruppen.html;jsessionid=62C019AFE86E6678E91561C74A971AC5.InternetLive1> (Zugegriffen: 19.2.2018).
- Statistisches Bundesamt (2018 b): *Frauenanteile. Akademische Laufbahn*. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Tabellen/FrauenanteileAkademischeLaufbahn.html;jsessionid=62C019AFE86E6678E91561C74A971AC5.InternetLive1> (Zugegriffen: 19.2.2018).
- Statistisches Bundesamt & Wissenschaftszentrum Berlin (Hrsg.) (2016): *Datenreport 2016. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Thompson, Vanessa (2017): *White Reconstructions im gegenwärtigen Deutschland*. Vortrag im Rahmen des Wissenschaftlichen Kolloquiums „Das wird man doch wohl noch sagen dürfen!“ Zum Stand der Anti-Political Correctness Bewegung in Deutschland, Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien, Humboldt-Universität zu Berlin, 7. Dezember 2017, *unv. Mskr.*
- von Braun, Christina (2017): *Anti-Genderismus. Über das Feindbild Geschlechterforschung*. Kursbuch 192: S. 28-45.
- Völker, Susanne (2011): Praktiken sozialer Reproduktion von prekär beschäftigten Männern. *WSI Mitteilungen* 64(8): 423-429.
- Wimbauer, Christine (2012): *Wenn Arbeit Liebe ersetzt. Doppelkarriere-Paare zwischen Anerkennung und Ungleichheit*. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Wimbauer, Christine, Motakef, Mona & Teschlade, Julia (2017): Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun Prekarisierungstheoretische Überlegungen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung, in: Sabine Hark & Paula-Irene Villa (Hrsg.): *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript. S. 41-57.
- Woltersdorff, Volker (2011): Neue Bündnispotenziale und neue Unschärfen. Zum Begriff der Prekarisierung von Geschlecht, Arbeit und Leben. *Feministische Studien* 29(2): 206-216.

Quellen

- Alternative für Deutschland (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017. Köln. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf (Zugegriffen: 21.2.2018).
- Amendt, Gerhard (2013): Von Höllenhunden und Himmelswesen: Plädoyer für eine neue Geschlechter-Debatte. Frankfurt a.M.: Ikarus.
- Buchholz, Günter (2014): Gender Studies – Die Niedersächsische Forschungsevaluation und ihre offenen Fragen. WiWi-Online.de (Zugegriffen: 20.7.2015).

- Christlich Soziale Union (CSU) (2016): Die Ordnung. Grundsatzprogramm der Christlich-Sozialen Union. http://www.csu.de/common/download/CSU_Grundsatzprogramm_Parteitag_MUC_2016_ES.pdf (Zugegriffen: 28.2.2018).
- Geistliche Gemeindeerneuerung (2014): Gender Mainstreaming. Handreichung der Geistlichen Gemeindeerneuerung Initiative im Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden. <http://docplayer.org/25041800-Gender-mainstreaming-handreichung-der-geistlichen-gemeindeerneuerung-initiative-im-bund-evangelisch-freikirchlicher-gemeinden.html> (Zugegriffen: 28.2.2018).
- Gut, Philipp (2009): Homosexualität ist zu einer Art Religion geworden. Die Welt <http://www.welt.de/vermishtes/article4878502/Homosexualitaet-ist-zu-einer-Art-Religion-geworden.html> (Zugegriffen: 13.7.2015).
- Herman, Eva (2007): Das Eva-Prinzip. Für eine neue Weiblichkeit. München: Goldmann.
- Hillgruber, Christian (2014): Wo bleibt die Freiheit der anderen? Es ist jedem freigestellt, wie er Homosexualität bewertet / Ein Plädoyer für den Schutz einer neuen Minderheit. Frankfurter Allgemeine Zeitung: <http://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/homosexualitaet-schutz-und-freiheit-einer-neuen-minderheit-12812195.html> (Zugegriffen: 1.11.2014).
- Kelle, Birgit (2013): Dann mach doch die Bluse zu. Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn. Aßlar: Adeo.
- Kuby, Gabriele (2014): Gender. Eine neue Ideologie zerstört die Familie. Kißlegg: fe-medienverlag.
- Martenstein, Harald (2013): Genderforschung. Schlecht, schlechter, Geschlecht. Die Zeit: <http://www.zeit.de/2013/24/genderforschung-kulturelle-unterschiede> (Zugegriffen: 1.11.2014).
- PEGIDA (2014): Positionspapier der PEGIDA. <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf> (Zugegriffen: 1.11.2014).
- Zastrow, Volker (2006): ‚Gender Mainstreaming‘ Politische Geschlechtsumwandlung. Frankfurter Allgemeine Zeitung: <http://www.faz.net/aktuell/politik/gender-mainstreaming-politische-geschlechtsumwandlung-1327841.html> (Zugegriffen: 1.11.2014).